



DIE ARMUTSKONFERENZ.

ÖSTERREICHISCHES NETZWERK GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Bundeskanzler
Werner Faymann
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1014 Wien

Wien, am 17. Februar 2010

Armutsbekämpfung muss zentrale Priorität der EU-2020-Strategie werden!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Am 21. Jänner wurde unter spanischer Ratspräsidentschaft das EU-Jahr 2010 der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung eröffnet.

Präsident Barroso, der spanische Ministerpräsident Zapatero und Kommissar Spidla betonten dabei die Notwendigkeit, sozialen Zusammenhalt und den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung im Zentrum der EU-2020-Strategie zu verankern. Nichtsdestotrotz fehlen diese Verpflichtungen im derzeit vorliegenden Vorschlag für diese Strategie.

Es besteht deshalb dringender Handlungsbedarf, denn es ist notwendig, Europas BürgerInnen zu versichern, dass die Sozialklausel des Lissabonvertrags im Rahmen der EU-2020-Strategie umgesetzt und der Kampf gegen Armut, soziale Ausgrenzung und Ungleichheit ins Zentrum von deren Agenda gestellt wird. Dabei muss deutlich werden, dass es nicht einfach um eine erweiterte Version der bisherigen „Wachstums- und Beschäftigungs-Strategie“ geht, die im Hinblick auf die Reduzierung von Armut, soziale Ausgrenzung und Ungleichheit versagt hat.

Präsident Barroso betonte in seiner Madrider Rede das Ziel, ein „Europa, das alle inkludiert“, zu schaffen. „Wenn die EU-2020-Strategie tatsächlich etwas in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung bewirken soll, darf sie sich nicht auf traditionelle Maßnahmen beschränken. Auch wenn Beschäftigung prinzipiell die beste Absicherung gegen Armut und Ausgrenzung ist, muss gesehen werden, dass 8% aller

EuropäerInnen nicht genug verdienen, um über der Armutsgrenze zu leben“, so Barroso. Teil des zu erzielenden politischen Konsenses müsse deshalb eine garantierte Mindestsicherung und der Zugang zu sozialen Dienstleistungen sein.

„Wir müssen eine Reduzierung der Armutsraten bis 2020 sicherstellen, für die ganze Bevölkerung, besonders jedoch für Kinder und ältere Menschen (...), wir müssen eine Dynamik entwickeln, die das Grundrecht auf ein Leben in Würde für armutsbetroffene Menschen besser sichert.“

Der spanische Ministerpräsident Zapatero betonte in diesem Zusammenhang, dass „Europa ein Wettbewerbsmodell entwickeln muss, das nachhaltiges Wachstum nicht nur in umwelt- sondern auch in sozialpolitischer Hinsicht unterstützt. (...) Europa kann nur auf Basis sozialen Zusammenhalts wachsen, Wachstum muss zu sozialem Zusammenhalt beitragen – die neue EU-2020-Strategie muss das deutlich zum Ausdruck bringen.“

Im Zuge der 2010 Eröffnungsveranstaltung wurde zudem unterstrichen, dass

- 3 von 4 EuropäerInnen sich von der EU eine stärkere Rolle im Kampf gegen Armut erwarten (Eurobarometer 2009);

Anton-Proksch-Institut
Arbeiter Samariter Bund Österreich
ARGE MigrantInnenberatung Österreich
Autonome Österreichische Frauenhäuser
ASB Schuldnerberatungen GmbH
Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe
Bundesdachverband für Soziale Unternehmen
Caritas Österreich
Dachverband Berufliche Integration
Diakonie Österreich
Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung
Evangelische Akademie Wien
Forum Kirche und Arbeitswelt
Die Heilsarmee
Katholische Aktion der Erzdiözese Wien
Katholischer Familienverband Österreichs
Katholische Frauenbewegung Österreichs
Katholische Sozialakademie Österreichs
Kolping Österreich
Netzwerk Österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen
Neustart, Bewährungshilfe, Konfliktregelung und soziale Arbeit
Österreichische HochschülerInnenschaft
Österreichische Plattform für Alleinerziehende
Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen
Österreichischer Gewerkschaftsbund / Frauenabteilung
Österreichischer Verein für Drogenfachleute
pro mente austria
SOS Mitmensch
St. Virgil Salzburg
TelefonSeelsorge
Vertretungsnetz:
Sachwalterschaft, Patienten-
walterschaft & Bewohnervertretung
Volkshilfe Österreich
Wiener Hilfswerk
Regionale Armutnetzwerke
• Salzburg
• Oberösterreich
• Kärnten

- der neue Lissabonvertrag neue Instrumente und Unterstützung bietet, vor allem durch die horizontale Sozialklausel, die sozialen Zusammenhalt als grundlegendes Ziel definiert;
- die EU Grundrechtscharta erstmals zivile, politische, ökonomische und soziale Rechte vereint, deren Umsetzung vorangetrieben werden muss.

Als Armutskonferenz appellieren wir an Sie, sich als Bundeskanzler Österreichs in den entsprechenden Verhandlungen des informellen Rats und des Frühjahrsrats dafür einzusetzen, dass der Kampf gegen Armut, Ausgrenzung und Ungleichheit im Zentrum der EU-2020-Strategie steht.

Außerdem bitten wir Sie, folgende aus unserer und aus der Sicht des europäischen Armutnetzwerks EAPN (European Anti Poverty Network) zentralen Fragen, die an die Staatsschefs aller EU-Mitgliedsländer ergehen, bis spätestens 5. März zu beantworten. Die Antworten der Staatsschefs aller EU-Länder werden vom European Anti Poverty Network im Vorfeld des Frühjahrsrats veröffentlicht werden.

1. Wird die österreichische Bundesregierung den Vorschlag unterstützen, die Reduzierung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Ungleichheit als zentrale Herausforderung und Ziel in die EU-2020-Strategie zu integrieren und dabei die notwendigen Instrumente einschließlich der Implementierung der Empfehlung zur Aktiven Eingliederung zu stärken?
2. Wird die österreichische Bundesregierung eine auf den gleichberechtigten Säulen von Ökonomie, Beschäftigung, Ökologie und Sozialem stehende ausgewogene Architektur der EU-2020-Strategie befürworten, welche die Umsetzung einer sozialen und nachhaltigen Strategie garantiert, und sich dabei auch für eine stärkere soziale OMK mit stärkerer Beteiligung von Zivilgesellschaft und Menschen mit Armutserfahrungen und der Umsetzung konkreter messbarer Ziele einsetzen?

Weitere Details unserer Position zur EU-2020-Strategie finden Sie beiliegend im Beitrag der Armutskonferenz zur EU-2020-Konsultation, sowie in einem Papier des EAPN. Darüber hinaus fügen wir diesem Schreiben auch die Prioritätenliste der europäischen NGO-Koalition für das EU-Jahr der Armutsbekämpfung 2010 bei.

Wir bitten Sie, unsere Vorschläge zu unterstützen und sich in den bevorstehenden Debatten mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass die EU-2020-Strategie entscheidende Schritte im Kampf gegen Armut, soziale Ausgrenzung und Ungleichheit, und höchste Priorität auf sozialen Zusammenhalt und ein besseres Leben für alle setzt.

Mit freundlichen Grüßen



Dr.ⁱⁿ Michaela Moser

Mobil +43-(0)676-544 26 46
 Büro Armutskonferenz: Tel. +43-(0)1-402 69 44-12, Fax DW 19
michaela.moser@armutskonferenz.at

Beilagen: Stellungnahme Armutskonferenz; Positionspapier EAPN

Das vorliegende Schreiben ergeht in Kopie auch an Vizekanzler Josef Pröll und Sozialminister Rudolf Hundstorfer mit der Bitte um Kenntnisnahme und Unterstützung.